

Energiepreisstopp jetzt!

Hamburg Energie erhöht zum neuen Jahr den Gaspreis um bis zu 37 Prozent und den Strompreis um bis zu 17 Prozent. Ein durchschnittlicher Haushalt muss mit Mehrkosten von ca. 450 Euro im Jahr rechnen. Autofahrer haben es bemerkt: Der Spritpreis ist seit dem Beginn des vorigen Jahres um ein Viertel gestiegen. Da kommen im Jahr je nach Fahrzeug und Fahrleistung zusätzliche Kosten von 400 Euro und mehr zusammen.

Ende November meldete das Statistische Bundesamt einen neuen Rekord: So seien die Verbraucherpreise im November gegenüber dem Vorjahresmonat erstmals um über 5 Prozent angestiegen. Das ist der größte Preisanstieg seit fast 30 Jahren. Den Hauptanteil an der Preisexplosion haben die steigenden Energiepreise. Dem gegenüber stehen sinkende Einkünfte breiter Bevölkerungsteile.

Absolute Verarmung nimmt zu

Haushalte von Niedrig- und Normalverdienern sind ungleich stärker von der Preissteigerung belastet als Reiche, weil ihre finanziellen Spielräume sehr viel kleiner sind. Verschärfend kommen die Lohneinbußen hinzu, von denen fast ein Drittel aller Geringverdiener- und fast die Hälfte der Normalverdienerhaushalte im letzten Jahr betroffen waren. Die Ergebnisse der letzten Tarifauseinandersetzungen wie zum Beispiel im Öffentlichen Dienst der Länder sind in diesem Zusammenhang eindeutig: Die vereinbarten Lohnerhöhungen werden die durch die steigenden Verbraucherpreise verursachten realen Lohn- und Rentenverluste nicht verhindern.



Wer trägt die Verantwortung?

Die Ursachen für steigende Energiepreise sind vielfältig. Aber die Liberalisierungspolitik der letzten Bundesregierungen hat entscheidend dazu beigetragen. Profitiert hat von dieser Politik weder die Bevölkerung noch die Umwelt. Profitiert haben hingegen die Energiekonzerne sowie die Banken und Finanzunternehmen, für die sich neue Investitionsquellen mit Rekordprofiten aufgetan haben. Auch die neue Bundesregierung zeigt keinerlei Initiative, die Bevölkerung vor der Energiepreisexplosion zu schützen.



Gesetzlicher Energiepreisstopp notwendig

Die DKP stellt demgegenüber die Forderung nach einem sofortigen gesetzlichen Energiepreisstopp. In Frankreich ist zum Beispiel der Preis für Gas bis zum kommenden April auf dem Niveau Oktober 2021 eingefroren worden. Der Strompreis wurde bis zum Jahresende 2021 blockiert. Im diesem Jahr soll die Erhöhung nicht mehr als 4 Prozent betragen.

Es ist höchste Zeit, dass der Widerstand gegen diese Verarmungspolitik in Deutschland auf die Straße kommt. Dazu will die DKP mit ihrer Kampagne für einen Energiepreisstopp beitragen. Im Rahmen der Kampagne wird sie auf der Straße und online Unterschriften unter folgende Forderungen sammeln:

★ **Für einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise**

★ **Für das Verbot von Strom- und Gassperren**

★ **Für einen Energiezuschlag für Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen**

★ **Für die Beendigung der Subventionierung von Energiekonzernen**

★ **Energiekonzerne gehören in die Öffentliche Hand**

★ **Ja zur Millionärssteuer, Nein zur unsozialen CO₂-Steuer**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es ist unglaublich, wie ein Krieg um die Ukraine geradezu herbeigeredet und –geschrieben wird. Tausende ukrainische Soldaten marschierten zuerst an die in Minsk vereinbarte Grenze zu den Provinzen Donezk und Lugansk. Die Ukraine wird von den Nato-Staaten mit Waffen vollgepumpt. Aber der Russe ist schuld. Man wartet geradezu auf die Meldung; „Seit 5 Uhr früh wird zurückgeschossen.“

Und dann? Wir wissen nicht, welche Ausmaße ein solcher Krieg annimmt und ob daraus sogar ein Weltkrieg entsteht. Wir Kommunistinnen und Kommunisten stehen für Frieden und Abrüstung. Wir gehen gegen den imperialistischen Krieg auf der Straße - Anfang Januar bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Ber-

lin ebenso wie Ostermontag beim Ostermarsch in Hamburg.

Wie die großen Konzerne und Banken selbst aus einer Pandemie noch Extraprofiten heraus schlagen können, wird uns gerade mit der Explosion der Energiepreise vorgeführt. Auch hier gehört der Protest auf die Straße. Die DKP ist mit einer Aktion "Energiepreisstopp jetzt!" dabei. An Infotischen in den Stadtteilen und online werden wir Unterschriften unter die Forderungen sammeln, die Preise für Strom, Gas und Kraftstoff zu deckeln, Strom- und Gassperren zu verbieten und in der Perspektive die Energiekonzerne zu vergesellschaften.

Rund 400 Milliarden Euro hat die Bundesregierung an Krediten aufgenommen, mit denen sie die Probleme aus der Pandemie auffangen wollte.

Nur ein kleiner Teil ging an Lohnarbeiter und kleine Gewerbetreibende. Die Masse ging an die großen Konzerne. Jetzt müssen die Kredite zurückgezahlt werden. Diese Nutznießer und Krisengewinnler wollen, dass wir „kleinen Leute“ für die Krise zahlen. Nicht mit uns! Was wir brauchen ist eine Coronaabgabe durch die Unternehmer und eine Millionärssteuer! ■



Michael Götze,
Vorsitzender der
DKP Hamburg

Schluss mit der Kriegshetze



China schickt Kriegsschiffe in die Nordsee!“ Was würde diese Meldung für einen Aufschrei der Empörung auslösen. Die Chinesen aber erleben gerade nichts anderes. Kriegsschiffe der NATO, darunter der deutsche Zerstörer „Bayern“, patrouillieren im Südchinesischen Meer.

Chinesische und deutsche Firmen sind Handelspartner und China gewinnt für die deutsche Industrie immer mehr an Bedeutung. Was also soll das, Kriegsschiffe zu schicken? Die USA sind es, die ihre Felle als Weltmacht Nr. 1 davonschwimmen sehen. China überholt die USA gerade wirtschaftlich.

In diesem Konkurrenzkampf setzen die USA immer stärker auf das, wo sie noch weltweit die Nr.1 sind, auf ihre Militärmacht. In diesem brandgefährlichen Spiel setzt die neue

Bundesregierung auf die USA.

Aber sie verfolgt wie die Vorgängerregierung auch eigene Weltmachtpläne. Deutschland soll wieder ganz vorne mitspielen, auch militärisch. Hatten wir das nicht schon? Das grausame Ende ist bekannt. Die übergroße Mehrheit der Deutschen will keinen Krieg, nicht mit China, nicht mit Russland und auch mit keinem anderen Land.

Gegenüber Russland wird ebenfalls eine äußerst aggressive Haltung eingenommen. Ständige Militärmanöver der USA mit wechselnden Verbündeten und der Nato, auch der Bundeswehr, an allen Grenzen Russlands.

Verbringung immer weiteren NATO-Kriegsgerätes an die russische Grenze, Beschluss über eine Bundeswehrkaserne in Litauen, Raketenauflistung in Rumänien und Polen und immer weitere Einkreisung Russlands durch neue NATO-Mitglieder. Von 1999 an wurden Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien Mitglieder der NATO. 2008 wurde Georgien und Moldawien offiziell der NATO-Beitritt angeboten. Diesen hat die Ukraine als Staatsziel in ihre Verfassung geschrieben und wartet ungeduldig vor der Tür.



Keine Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen!

Die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über unseren Hafen hat am 14. Dezember dem Hamburger Senat 16.642 Unterschriften übergeben. 16.642 Hamburger:innen fordern den Senat und die Bürgerschaft auf, innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet.

Ein ziviler Hafen ist keine Utopie, kein Spinnkram, es muss lediglich der politische Wille da sein. Und wo der Wille da ist, da gibt es auch einen rechtlichen Weg. Denn Hamburg kann eigenständig über sein Hoheitsgebiet, den Hafen, bestimmen.

Wenn der Senat dieser Aufforderung nicht folgt, müssen in einem zweiten Schritt hin zum Volksentscheid ab Ende August bis Mitte September 65.835 gültige Unterschriften gesam-



melt werden, tatsächlich aber rund 80.000, weil immer viele Unterschriften aus den unterschiedlichsten Gründen ungültig sind.

80.000 Unterschriften in 3 Wochen, heißt knapp 4.000 am Tag. Es ist klar, dass da ALLE, denen das Thema ein Anliegen ist, mithelfen müssen. Auch die DKP Hamburg wird wieder ihren Teil dazu beitragen. Auf <https://ziviler-hafen.de/mitmachen> kann man sich informieren und einbringen.

Fortsetzung von Seite 2

Aktuell wird uns jeden Tag durch die Mainstreammedien eingehämmert: Die Russen stehen kurz davor die Ukraine zu überfallen!, Russland wird gedroht, die Ukraine aufgerüstet. Es wird versucht, das solange zu wiederholen, bis wir es glauben. Verschwiegen wird vieles - u.a., dass rund 100.000 ukrainischen Soldaten mit schweren Waffen an den Grenzen zu den Volksrepubliken Lugansk und Donezk stehen.

Nordstream 2 wird in Frage gestellt. Als wenn diese Gaspipeline nur in russischem Interesse wäre. Wollen wir wirklich das Russland den Gashahn zudreht? Wer alles hat in diesem Land eine Gasheizung? Auch hier der ganze Irrsinn der Weltmachtpläne deutscher Konzerne. Handel mit Russland, aber gleichzeitig die militärische Karte ausreizen.

Geht das noch lange gut? Wir werden die Leidtragende sein, wie auch die russischen Menschen, die ukrainischen, alle Mitteleuropäer. Das würde vermutlich in einem Weltkrieg enden.

Ausreizung aller diplomatischen Mittel zur Lösung der weltweiten Konflikte, das müssen wir von unserer Regierung verlangen, insbesondere auch im Ukraine-Konflikt. Aber ist das von einer Regierung eines kapitalistischen Landes, die erneut Weltmachtpläne träumt, zu erwarten? Wohl kaum! ■

Bleibt uns nur, dass wir auf die Straße gehen und diesen wahnsinnigen Kriegsvorbereitungen den Herrschenden ein klares „Nein, nicht mit uns!“ entgegenschreien.

Ein Stop der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen wird manchem wie ein Tropfen auf den heißen Stein im Kampf gegen Rüstung und Krieg vorkommen. Aber er wäre ein Signal, das über Hamburgs Grenzen hinaus strahlt. Hamburgs Hafentarbeiter:innen beginnen sich zu vernetzen. ■

Dran bleiben! Und mitmachen!

Wie Rosa und Karl: gegen den imperialistischen Krieg

Wie jedes Jahr nahmen am zweiten Sonntag im Januar zahlreiche Genossinnen und Genossen aus Hamburg an der machtvollen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin teil. Viele tausend Demonstranten aus unterschiedlichen kommunistischen und antifaschistischen Gruppen zogen gemeinsam zum Friedhof der Sozialisten, auf dem auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begraben sind. Ehrfürchtig schweigend zogen sie an den Gräbern so vieler Kämpfer für Frieden und Sozialismus vorbei. Viele legten rote Nelken nieder. Ein Film von der Demonstration ist im Internet zu sehen.

Die DKP hatte bereits am Tag vor der großen Demonstration am Ernst-Thälmann-Denkmal eine Kundgebung unter dem Motto „Gegen ihre Kriegshetze – wir Zahlen nicht für die Krise des Kapitalismus“ organisiert. Sie war zugleich der Auftakt unserer Aktivitäten in diesem Jahr. Dabei wird - wie schon zu Rosas und Karls Zeit - der Kampf gegen den imperialistischen Krieg oder die Drohung damit an erster Stelle stehen.

Ein Film von der Demonstration ist im Internet zu sehen.
<https://www.youtube.com/watch?v=KzQ4Kpg7mxI&t=12s>
oder bei YouTube:
LL-Demo am 09.01.2022 in Berlin

Lohnarbeit muss sich wieder lohnen

In der Corona-Krise sind die Reichen reicher geworden - und wir Lohnabhängigen? Tja. Es wird Zeit für kräftigere Gegenwehr.

1,7 Prozent. So viel mehr Lohn und Gehalt haben die deutschen Gewerkschaften im Durchschnitt in der Tarifrunde 2021 erkämpft. Zugleich stiegen aber die Verbraucherpreise 2021, vor allem wegen der Energiepreiskrise, um 3,1 Prozent. Das heißt: Die Kaufkraft der Beschäftigten ist real gesunken, und zwar so schnell wie mindestens seit den Agenda-Jahren von Kanzler Schröder nicht mehr.

„Keinerlei Grundlage für das Schreckgespenst einer Lohn-Preis-Spirale“, so versucht das gewerkschaftliche Institut WSI noch Trost zu spenden. Die Inflationsgefahr sei also gar nicht so groß, wie von der bürgerlichen Presse beschrieben. Denn die Konzerne könnten ja nicht auf Dauer höhere Preise verlangen, wenn die Masse der Bevölkerung nicht das Geld hat, diese auch zu bezahlen. Damit das auch so bleibt, fordern jetzt sogar gewerkschaftsnahe Forscher wie der „Wirtschaftswoche“ Achim Truger, dass die Löhne auch 2022 höchstens um 3 Prozent steigen.

Und dann hört die Inflation auf? Ein schwacher Trost. Im Moment ist es doch so: Die Preisspirale dreht sich auch ohne dass die Löhne mitkommen. Viele müssen überlegen, ob sie tanken oder heizen oder doch lieber essen wollen. Und die Konzerne können höhere Preise durchsetzen, nicht nur um ihre eigenen Einkaufskosten für Energie und Rohstoffe weiterzureichen, sondern darüber hinaus für höhere Profite.



Das ist bisher das Ergebnis der Corona-Krise: Die Kapitalisten häufen noch mehr Kapital an, zu Lasten der Lohnabhängigen. Von wegen, vor dem Virus sind alle gleich, wie uns zu Beginn der Pandemie noch oft rührselig eingeredet wurde. Die Ampelkoalition tut wie erwartet nichts, um die Krisengewinner zur Kasse zu bitten. Das können wir nur selbst tun, indem wir für höhere Löhne kämpfen.

Früher gab es mal die Formel für Tarifforderungen der Gewerkschaften: Inflation plus Produktivitätswachstum plus Umverteilung.

Die Löhne sollten also mindestens so stark steigen wie die Preise, damit keine Kaufkraft verloren geht; darüber hinaus noch so stark, damit die Beschäftigten den Lohn dafür erhalten, dass der von ihnen pro Arbeitsstunde erzeugte Mehrwert regelmäßig steigt. Und wenn das erfüllt ist, kommt noch die Umverteilung hinzu, ein Ausgleich gegen die Übermacht der Kapitalistenklasse.

Und jetzt sollen wir uns damit begnügen, noch nicht einmal die laufende Inflation auszugleichen? Dabei können wir nicht stehen bleiben. Es wird Zeit für kräftigere Gegenwehr, für kämpferische Gewerkschaften.



Der Sozialverband VdK fordert eine kurzfristige Vermögensabgabe

Wir brauchen eine Vermögensabgabe, um die Aufwendungen in der Corona-Krise zu refinanzieren. Bisher zahlen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleine Selbstständige den Preis der Krise. Jetzt brauchen wir dringend den Einsatz großer Unternehmen und von Menschen, die große Vermögen besitzen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass in Zukunft die Menschen die Zeche zahlen, die ohnehin nur wenig haben.

Alleinerziehende, Beschäftigte mit Niedrig- oder Mindestlohn, Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger oder Rentnerinnen und Rentner trifft es besonders hart, wenn Sozialausgaben gekürzt oder Verbrauchssteuern erhöht werden. In dieser Ausnahmesituation müssen alle, die mehr haben, auch mehr schultern.

VdK-Präsidentin Verena Bentele

Wer das Klima retten will, muss den Kapitalismus überwinden

Das wir einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern - Kohle, Erdöl, Erdgas - brauchen, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren und in naher Zukunft auf nahezu null zu kommen, ist heute kaum noch umstritten. Dann hätte die Menschheit zumindest die Chance, den Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen.

Zurzeit liegt der Energieverbrauch in der BRD im Schnitt bei 3.700 Terawattstunde (TWh). Das sind 3.700 Milliarden Kilowattstunden (kwh). Davon werden mehr als 70% importiert - in Form von Erdöl und Erdgas oder auch als direkte Stromimporte aus Nachbarländern. Diese Energie brauchen wir für Wärme, Strom und Verkehr, aber auch für die Produktion - zum Beispiel von Stahl. Bei der Stromherstellung werden in Deutschland schon 50 Prozent aus erneuerbaren wie Wind und Sonne hergestellt. Wäre konsequent ausgebaut worden, könnte dieser Anteil schon viel höher sein.

Bei Kohle- oder Gasverstromung geht viel Energie als Abwärme verloren.



Diese wird in Deutschland auch nicht konsequent z.B. für die Fernwärme benutzt. Durch eine Umstellung auf erneuerbare Energie könnte viel Energie aus fossilen Energieträgern eingespart werden.

Aber anstatt die Energiekonzerne zu zwingen, in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren, wurde im Jahre 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Weg gebracht und damit die EEG-Umlage.

Der Coup: Die Verbraucher zahlen mehr für den Strom, damit die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, während sich die Konzerne von der EEG-Umlage befreien lassen können. Wiedermal zahlen die arbeitenden Menschen. Diese Art der Energieverwendung spült Geld in die Kassen der Energiekonzerne und der Betreiber der privatisierten Energienetze.

Notwendig wäre es Energie einzusparen, also z.B. den ÖPNV auszubauen. Stattdessen wird durch die E-Auto-Prämie noch mehr Strom benötigt und Geld in die Kassen der Automobilindustrie gespült. Ob Wohnen, Heizen, der täglicher Weg zur Arbeit für die Menschen noch bezahlbar ist, ist völlig egal. Hauptsache der Profit stimmt!

Das sollten wir uns nicht länger gefallen lassen. Was wir brauchen, ist ein Umbau der Energieversorgung auf Kosten der Profite der Konzerne, nicht auf Kosten der arbeitenden Menschen. Das wird gegen die großen Konzerne und Banken schwer durchsetzbar sein. Die Energieversorgung gehört in die Öffentliche Hand. ■

Corona gleicht "Goldrausch" für Milliardäre



Die Pandemie hat die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht. Auch in Deutschland hat die Corona-Pandemie die Ungleichheit verschärft: Das Vermögen der 10 reichsten Personen ist seit Beginn der Pandemie von rund 144 Milliarden auf etwa 256 Milliarden US-Dollar gewachsen. Währenddessen erreicht die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 Prozent einen Höchststand.

Oxfam, Januar 2022

Für eine Mindestrente von 1.200 Euro

Die Älteren können sich noch daran erinnern, dass es Zeiten gab, als so gut wie alle Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben von ihrer Rente so gut leben konnten wie zuvor, keinen Nebenjob brauchten oder gar Flaschen sammeln mussten.

Seit rund 30 Jahren haben CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne - in welcher Kombination auch immer - mit ihren Renten"reformen" dafür gesorgt, dass das heute anders ist. Rentnerinnen und Rentner machen etwa ein Fünftel der Hamburger Bevölkerung aus. Viele von ihnen müssen dazuverdienen, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollen. Rund ein Fünftel von ihnen bekommt eine Rente, die unter der Sozialhilfe liegt, darunter besonders viele Frauen.

Dabei haben die heutigen Rentnerinnen und Rentnern noch zum überwiegenden Teil in relativ sicheren Verhältnissen gearbeitet und verdient. Bei den künftigen Rentnerinnen und Rentner sieht das weit schlechter aus. Insbesondere die Regierung

Schröder/Fischer aus SPD und Grünen hat mit der Schaffung des Niedriglohnssektors dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen nach Hungerlöhnen später Hungerrenten bekommen. Wer einen großen Teil seines Lebens als Leiharbeiter, Frist- oder Werkverträtler, Teilzeitbeschäftigter oder Soloselbständiger gearbeitet hat, für den kommt eine Rente heraus, von der man nicht leben und nicht sterben kann.

Viele Menschen in Deutschland können auch heute noch ihren Lebensabend ohne finanzielle Sorgen verbringen. Ziel muss es aber sein, dass dieses für alle Menschen gilt. Dafür müssen die Löhne gerade im unteren Bereich deutlich angehoben werden. Die geplante Erhöhung des Mindestlohns kann nur ein erster Schritt sein.

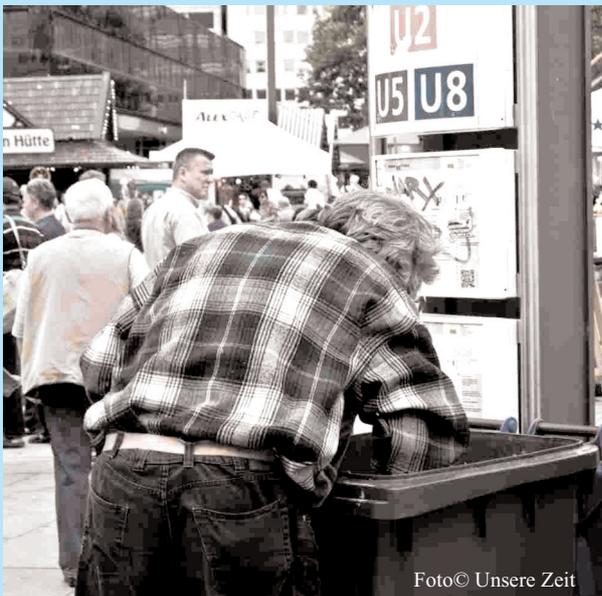
Die Rentengesetze müssen geändert und das frühere Rentenniveau wieder hergestellt werden. Weder die von der neuen Bundesregierung zugesagte Sicherung des gegenwärtigen Rentenniveaus noch die von der SPD Vorgesch-



lagene sogenannten Grundrente reichen aus.

Aber selbst wenn höhere Löhne durchgesetzt und das alte Rentenniveau wieder hergestellt würde, bräuchte das viele Jahre, bis es für die Rente wirkte. Deshalb brauchen wir sofort eine Mindestrente, die für ein würdiges Leben reicht. Kein Wort davon in dem Koalitionspapier der neuen Regierung.

Wir fordern eine Mindestrente von 1.200 Euro.



Foto© Unsere Zeit

Trittin-Rente

Zwei Projekte der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 haben die Zeit überdauert: das Pfand für Einwegflaschen und die Kürzung der gesetzlichen Altersbezüge. Der Begriff »Trittin-Rente« ist die traurige Synthese aus beidem. Der grüne Umweltminister Jürgen Trittin hatte 2003, ein Jahr nach Inkrafttreten der Rentenreform, das Einwegpfand eingeführt.

aus: Jungle World 27.08.15

Coronapolitik im Interesse der Monopole

Tausende Hamburgerinnen und Hamburger zogen am 15. Januar unter der Losung "Solidarität und Aufklärung

statt Verschwörungsideologien" durch die Innenstadt. Darunter nicht wenige Mitglieder und Freunde der DKP. Ein deutliches Zeichen gegen die Impfgegner, Wissenschaftsfeinde und Esoteriker, die - Seite an Seite mit Rechtsradikalen und deren Parolen - gegen die Coronapolitik der alten wie der neuen Bundesregierung und des Hamburger Senats demonstrieren.

Wir rufen auf zum Impfen. Denn erste Aufgabe in der Pandemie ist Leben zu retten. Covid-19 bedroht gerade die Schutzbedürftigsten, neben den immer wieder genannten Alten sind das Menschen in beengten Wohnverhältnissen, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, Menschen, die nicht im Homeoffice zuhause bleiben können.

Aber wir kritisieren auch die Coronapolitik der Bundesregierung und des Hamburger Senats. Sie haben das Gesundheitswesen dem Großkapital ausgeliefert, das es dann kaputtgespart hat. Jetzt sind sie fast ausschließlich daran orientiert, dass die Krankenhäuser nicht überlastet werden.

Wenn Kranke wegen fehlender Intensivbetten in andere Krankenhäuser geflogen werden, wird verschleihernd den Ungeimpften die Schuld daran gegeben. Natürlich bräuchten viele an Covid-19 Erkrankte dort nicht zu liegen, wenn sie sich hätten impfen lassen.



Aber Tausende von Betten auf den Intensivstationen stehen auch nicht zur Verfügung, weil das Personal fehlt. Die Krankenhäuser haben 50.000 Euro für jedes neu eingerichtete Intensivbett eingestrichen und die stehen jetzt im Keller.

Das Personal läuft ihnen weg, weil sie weiter schlecht bezahlen. So wurden zum Beispiel in der letzten Tarifrunde die Pflegekräfte mit einem einmaligen Bonus abgespeist, statt ihnen eine ordentliche Gehaltserhöhung zu zahlen und sie besser einzustufen. Der Hamburger Finanzsenator Dressel war stellvertretender Leiter der Verhandlungsdelegation der Länder und ist mitverantwortlich für das Tarifergebnis.

Die Arbeitssituation hat sich nicht verbessert. So wurde im Dezember bekannt, dass im UKE auf der Intensivstation eine Pflegekraft statt der vorgesehenen 2 Betten 5 Betten zu betreuen hatte. Die neue Bundesregierung will die eigentliche Ursache der Misere, die Abrechnung der Behandlungskosten über Fallpauschalen, ausdrücklich beibehalten. Denn diese ist nach der Privatisierung der Krankenhäuser die Grundlage dafür, dass die Krankenhauskonzerne ihre Profite machen können. Sie sparen bei den Personalkosten.

Die Bundesregierung simuliert internationale Solidarität, indem sie Impfstoff an afrikanische Staaten spendet. Zugleich verhindert sie aber die notwendige Freigabe der Patente, was eine weltweite Produktion von Impfstoff verhindert. Es geht um die Profite der Pharmakonzerne. Sie haben Hunderte Milliarden Dollars und Euros verdient. Auch die BioNTech-Gründer Ugur Sahin und Özlem Türeci sind inzwischen Milliardäre, da ihnen Anteile an ihrer Firma gehören.

Die Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona waren weitgehend auf den privaten Bereich beschränkt, während die Produktion und auch der Weg zur Arbeit kaum eingeschränkt wurden. Alles wurde darauf ausgerichtet, dass die großen Konzerne geschont wurden. Und wo sie durch die Einschränkungen doch belastet wurden, erhielten sie Unterstützung in Milliardenhöhe. Anders erging es den Millionen prekär Beschäftigten. Sie bekamen nicht einmal Kurzarbeitergeld und mussten Hartz-IV beantragen.

Nicht nur die Impfgegner und Coronaleugner müssen zurückgewiesen werden. Auch die Corona-Politik auf Bundesebene und in Hamburg ist zu kritisieren. ■



Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

- * SOLIDARISCH UND ENTSCLOSSEN HANDELN!
- * GEGEN DAS ABWÄLZEN DER KRISENLASTEN AUF DIE ARBEITENDE BEVÖLKERUNG!
- * FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES GESUNDHEITSSYSTEM!
- * GEGEN DEN GRUNDRECHTEABBAU IM SCHATTEN DER KRISE!
- * FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENARBEIT! WEG MIT DEN SANKTIONEN!
- * FÜR DEN SOZIALISMUS!



Der Kampf geht weiter: Gegen Repression und Berufsverbote

Vor 50 Jahren, am 28. Januar 1972, beschlossen auf Vorschlag des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt (Motto: "Mehr Demokratie wagen") die Ministerpräsidenten der Bundesländer der damaligen BRD den sogenannten "Radikalenerlass". Danach wurden Bewerber für den öffentlichen Dienst auf ihre sogenannte „Verfassungsfeindlichkeit“ überprüft. Der Beschluss richtete sich fast ausschließlich gegen Linke und traf vor allem Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, Freunde der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Die Vorlage dazu hatte schon zwei Monate vorher der Hamburger Senat mit dem Sozialdemokraten Peter Schulz an der Spitze gegeben. Er hatte der Lehrerin Heike Gohl mitgeteilt, dass er sie statt der anstehenden Verbeamtung auf Lebenszeit entlassen wollte. Die Schülerinnen und Schüler ihrer Schule hatten sie zur Vertrauenslehrerin gewählt. Auch die fachlichen Leistungen waren von ihren Vorgesetzten positiv beurteilt worden. Die beide Lehrerexamen hatte sie mit «gut» bestanden. Trotzdem wurde ihre Entlassung damit begründet, dass sie sich in ihrer Probezeit nicht bewährt habe – und zwar politisch: Gohl hatte sich in kommunistischen Organisationen engagiert.

Im weiteren Verlauf wurden in Hamburg über 200 Verfahren eingeleitet und 88 Personen nicht eingestellt oder entlassen.

Die meisten von ihnen wollten Lehrerinnen oder Lehrer werden. Allerdings wurden auch Personen aus anderen

Berufsgruppen abgelehnt. Dabei traf es überwiegend junge Menschen aus der 68er-Generation, die sich in kommunistischen Organisationen engagiert hatten. So sieht es also aus, wenn führende Sozialdemokraten "mehr Demokratie wagen".



Bundesweit wurden 1,4 Millionen Personen überprüft. Etwa 1.100 davon wurde der Eintritt in den beziehungsweise das Verbleiben im öffentlichen Dienst verwehrt. Insgesamt wurden 11.000 Verfahren eingeleitet. Allein bei den Lehrern gab es 2.200 Disziplinarverfahren und 136 Entlassungen. An nicht wenigen Verfahren waren ehemalige Nazirichter beteiligt.

Ende der 1970er Jahren wurde nach massiven Protesten im In- und Ausland in den meisten Bundesländern diese flächendeckende Überprüfung eingestellt - so auch in Hamburg. Die psychischen und finanziellen Folgen für die Betroffenen blieben. Der Radikalenerlass hatte seine Funktion erfüllt. Jeder - und das galt gerade für junge Menschen - musste sich überlegen: Wer sich für eine nicht-kapitalistische, sozialistische Gesellschaftsordnung einsetzte, musste mit lebenslangen finanziellen Einbußen oder gar mit Existenzverlust rechnen.

Aber der Knüppel ist nur im Sack. Er ist nicht weg. Und damit das auch jeder weiß, wird er gelegentlich - insbesondere im Süden Deutschlands - auch mal wieder herausgeholt. Eine "Renaissance" erlebten die Berufsverbote in den 1990er Jahren, als es galt, diejenigen aus Beruf und gesellschaftlichem Leben herauszudrängen, die sich in der DDR für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft engagiert hatten.

Der Staatsapparat baut vor, weil er weiß, dass die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft zunehmen, und damit für ihn auch die Gefahr besteht, dass Bewegungen stärker werden, die seine objektive Rolle als Garant der Interessen des deutschen Monopolkapitals erkennen. Die Instrumente werden geschärft, um dies repressiv zu verhindern.

Dem muss entgegengetreten werden. Die Verteidigung der demokratischen Grundrechte ist heute, mehr denn je, von entscheidender Bedeutung. Das ist ein Auftrag, der sich aus 50 Jahren Kampf gegen die Berufsverbote ergibt.

Darum fordert die DKP:

- **Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer der Berufsverbote**
- **Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer der Annexion der DDR**
- **Sofortige Beendigung der Praxis der Straffrenten**
- **Auflösung aller Ämter des Verfassungsschutzes**



Keine Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen!

Die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über unseren Hafen hat am 14. Dezember dem Hamburger Senat 16.642 Unterschriften übergeben. 16.642 Hamburger:innen fordern den Senat und die Bürgerschaft auf, innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und alle notwendigen und zulässigen Schritte zu unternehmen, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen. Die Volksinitiative, der erste Schritt von dreien hin zum Volksentscheid, wurde am 11.01.2022 vom Landeswahlleiter als angenommen bestätigt.



Foto© DKP Hamburg

Trotz der großen Einschränkungen für Sammelaktionen im öffentlichen Raum hat die Volksinitiative weit mehr Unterschriften zusammenbekommen, als notwendig.



In Ihrer letzten Presseerklärung formuliert die Volksinitiative u.a.: Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch ein solidarisches Zusammenleben, die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht sowie weltweite Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe. Durch einen zivilen Hafen kann aus Hamburg ein positives Signal gesetzt werden. Wir fordern Bürgerschaft und Senat auf unser Anliegen umzusetzen. Es gibt kein Hindernis sofort eine landesgesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen, die den Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen unterbindet.

Ein ziviler Hafen ist keine Utopie, kein Spinnkram, es muss lediglich der politische Wille da sein und wo der Wille, da gibt es einen rechtlichen Weg. Denn Hamburg kann eigenständig über sein Hoheitsgebiet, den Hafen, bestimmen. Gute Arbeit ist Arbeit die dem Frieden und der Völkerverständigung dient, welche Hafenkolleg:innen würden dazu nein sagen?

Wie geht es weiter

Wenn Bürgerschaft und Senat sich beraten haben, gibt es in Hamburg bei der Volksgesetzgebung inzwischen zwei denkbare Optionen. Entweder es wird entsprechend des vorgegeben rechtlichen Verfahrens übergeleitet zur 2. Stufe, dem Volksbegehren oder wie schon bei drei anderen Volksinitiativen Überweisung des Vorgangs an das Hamburger Verfassungsgericht. Dies ist in Hamburg in den letzten Jahren vermehrt vorgekommen – wir erinnern uns an die noch nicht lang zurückliegende Volksinitiative gegen die Schuldenbremse und die gegen den Pflegenotstand. Der Senat, versuchte hier nicht die politische Lösung im Sinne des Anliegens und des erklärten Willens der Hamburger:innen umzusetzen, sondern duckte sich feige und rückwärts gewandt weg, um sich mit Hilfe der Justiz der politischen Verantwortung zu entziehen. Beim Thema Transport und Umschlag von Rüstungsgütern liegt es nahe, dass er das vielleicht auch hier versuchen wird.

Weiter geht's auf Seite 10

Doch für den Fall, dass das Anliegen nicht vom Verfassungsgericht geprüft wird und das folgende Volksbegehren ohne Hürde eingeleitet werden kann, müssen ab Ende August bis Mitte September 5% der Hamburger Wahlberechtigten in 3 Wochen händisch unterschreiben. 5% der Wahlberechtigten bedeuten dann 65.835 gültige Unterschriften, d.h. es müssen ungefähr 80.000 Unterschriften gesammelt werden, um die Anzahl von gültigen auch zu bekommen, weil leider immer viele aus unterschiedlichsten Gründen ungültig sind. 80.000 Unterschriften in 3 Wochen, heißt knapp 4.000 am Tag. Es ist klar, dass da ALLE, denen das Thema ein Anliegen ist, mithelfen müssen. Auch die DKP Hamburg wird ihren Teil dazu beitragen, wie andere unterstützende Organisationen auch. Die Vorbereitungen laufen jetzt an, auf <https://ziviler-hafen.de/mitmachen> kann man sich informieren und einbringen.

Dass es bei Rüstungsexporten um sehr viel geht, zeigte die scheidende Bundesregierung (CDU/CSU + SPD) im letzten Jahr. Wegen des mit der neuen Regierung angekündigten und „drohenden“ Rüstungsexportkontrollgesetzes ließen sie alle Masken fallen. Auf den sprichwörtlich letzten Metern ihrer Amtszeit, 9 Tage vor Ende, kurz vor Weihnachten wurden tatsächlich vom Bundessicherheitsrat in seiner letzten Sitzung, vor Übergabe der Amtsgeschäfte an die neue Bundesregierung, Rüstungsexporte für Ägypten und Singapur in Höhe von knapp 5 Mrd.€ genehmigt. Ägypten bekommt drei Fregatten von der Firma TKMS und 16 Luftverteidigungssysteme der Firma Diehl. Für Singapur wurde ein U-Boot genehmigt. Ägypten gilt als unsicheres Empfängerland, ob seiner Verwicklungen in die Kriege im Jemen und Libyen.



Die Bundesregierung missachtete damit eine Empfehlung ihres eigenen Beratergremiums, der Stiftung für Wissenschaft und Politik, in genau diese Länder keine Waffen mehr zu liefern. Durch diese Last Minute Aktion wurde für Deutschland ein neuer perfider Rekord an Rüstungsexportgenehmigungen für 2021 mit über 9 Mrd. € aufgestellt.

Aber es geht hier eigentlich nicht nur ums Geld. Deutsche Waffen in der Welt halten die Konflikte am köcheln und das ist gewollt. Geopolitische Machtinteressen, im Spiel bleiben beim Hegemonialanspruch und das, was dem Kapitalismus sowieso innewohnt, der Krieg, sind hier das Öl im Feuer.

Wir – die Menschen die hier wohnen, leben, arbeiten - können das nur gemeinsam unterbinden. Schluss mit den Rüstungsexporten. Wir brauchen technisch hochwertige langlebige lebens- und umwelterhaltende Produkte. Der Ostermarsch am Ostermontag in Hamburg ist eine gute Gelegenheit den Protest auf die Straße zu tragen. Eine weitere ist, Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen über einen Volksentscheid zu unterbinden. Das ist vielleicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber die Initiative strahlt über Hamburgs Grenzen hinaus und die Hafendarbeiter:innen beginnen sich zu vernetzen. ■

**Dran bleiben!
Und mitmachen!**



Wie Rosa und Karl: Gegen den imperialistischen Krieg

Gemeinsam mit etwa 30 Genossinnen und Genossen aus Hamburg sind wir am zweiten Wochenende im Januar nach Berlin gefahren, um der von faschistischen Freikorps', aber unter der politischen Verantwortung der von der SPD geführten Regierung ermordeten Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gedenken. Wir reihten uns ein in die machtvolle Demonstration zum Friedhof der Sozialisten.

Viele tausend Demonstranten aus unterschiedlichen kommunistischen und antifaschistischen Gruppen zogen gemeinsam zum Friedhof der Sozialisten, auf dem auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begraben sind. Ehrfürchtig schweigend zogen wir an den Gräbern so vieler Kämpfer für Frieden und Sozialismus vorbei. Viele legten rote Nelken nieder.

Die diesjährige LL(L) Demonstration zeigte auch eindrucksvoll, dass man sich nicht von polizeilichen Angriffen einschüchtern lassen soll. Mehr Teilnehmer als im Vorjahr waren gekommen.

Und nachdem es im letzten Jahr zu massiven Angriffen der Polizei auf die Demonstration gekommen war, hielt sich diese in diesem Jahr sehr zurück, was einen friedlichen aber kraftvollen Demonstrationzug ermöglichte. Einen schönen Eindruck von der bunten und vor allem roten Demonstration zu Ehren von Rosa und Karl gibt dieser Film:

<https://www.youtube.com/watch?v=KzQ4Kpg7mxI&t=12s>

Wir waren aber nicht nur zum ehrenden Gedenken nach Berlin gekommen. Wir setzen den Kampf gegen die menschenverachtende Politik des Monopolkapitals fort.

Bereits am Tag vor der großen Demonstration fand am Ernst-Thälmann-Denkmal eine von der DKP organisierte Kundgebung unter dem Motto „Gegen ihre Kriegshetze – wir Zahlen nicht für die Krise des Kapitalismus“ statt. Sie war zugleich der Auftakt unserer Aktivitäten in diesem Jahr. Dabei wird - wie schon zu Rosas und Karls Zeit - der Kampf gegen den imperialistischen Krieg oder die Drohung damit an erster Stelle stehen.

Es sprachen der Vorsitzende der DKP Berlin, Stefan Natke, Ivete Lopez aus der Botschaft der Republik Cuba, der Stellvertretende Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Dmitrij Nowikow, und der Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele. Dabei standen der Kampf gegen die imperialistischen Aggressionen - ob gegen Kuba, gegen Russland oder gegen China - im Vordergrund.

Interessant war auch der Bericht über den erfolgreichen Kampf gegen die Corona-Pandemie im sozialistischen Kuba. Er zeigte, wie es möglich ist, eine Pandemie konsequent und erfolgreich zu bekämpfen, wenn bei den Maßnahmen der Mensch und nicht die kapitalistische Produktion im Vordergrund steht. Die Reden auf der Kundgebung sind unter diesem Link abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=r4HRTtl-29A&t=9s>

Nach dieser erfolgreichen Kundgebung konnten wir noch gemeinsam den Livestream der Rosa Luxemburg Konferenz sehen und diskutieren.

Genossen aus der DKP Bergedorf

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
hamburg@dkp.de [fphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)
V.i.S.d.P.: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

